

NACHWORT

„Von der Kirche zum Kommunismus und Atheismus“

Abschließend wollen wir noch einmal erklären, warum wir als Pastoren und Kommunisten aus der Kirche ausgetreten sind.

Antikommunismus als Programm

Es war in den Jahren 1974 und 1975 kaum zu erwarten, dass wir nach unserer Suspendierung je wieder innerhalb der Evangelisch-Lutherischen Kirche Schleswig-Holsteins hätten tätig werden dürfen. Theologisch und juristisch dagegen vorzugehen, hätte bedeutet, dass wir in einer Endlosschleife von kirchlichen und gerichtlichen Verfahren hätten prozessieren müssen. Und sicher ohne jegliche Erfolgsaussichten. Warum?

Die Schleswig-Holsteinische Evangelisch-Lutherische Landeskirche hatte sich zu der damaligen Zeit noch längst nicht wirklich von den vielen einst dem Faschismus zugewandten Pastoren, Pröpsten und den der SS dienenden Kirchvertretern gelöst. Diese verblieben oder rückten besonders auch in höhere Ämter ein und konnten weiterhin mit neuen Verbündeten ihren Einfluss in der Kirche ausüben. Das entsprach dem Vorgehen des 1947 gegründeten Schleswig-Holsteinischen Landes mit zuvor sehr hohem Anteil an Mitgliedern der NSDAP, wo ebenfalls in Parteien und Regierung – offen oder verdeckt – die alten faschistischen Gardien ihr Amt behielten. Die im Norden zuständige Britische Besatzungsmacht sympathisierte mit diesem Personenkreis. Denn Churchill betrieb während des Kalten Krieges eine betont antisowjetische und antikommunistische Politik (ein ihm zugeschriebenes Zitat lautet: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“) und wäre gerne in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen deutschen Militär, gegen die UdSSR vorgegangen. Zwar stimmte die Amerikanische Besatzung diesem Ansinnen nicht zu, aber die später von der CDU geführten Regierungen im Land übernahmen dessen Einstellung gegenüber dem „drohenden sozialistischen Ostblock“.

Ihre in der Kirche tätigen christlichen Sympathisanten, besonders die in der Leitung im Landeskirchenamt mit seinen Juristen und die Bischöfe Halfmann und Hübner und der Landespropst Ruppelt versuchten diesen Antikommunismus konsequent in die Praxis umzusetzen. Nur ließ sich das nicht so schnell durchziehen. Denn ab Ende der sechziger Jahre sammelte sich in der Bundesrepublik eine antikapitalistische Protestbewegung, die auch unter den Theologie-Studenten und Amtsträgern in der Kirche Sympathie für eine zunächst antiautoritäre und demokratische, dann auch politische und sozialistische Veränderung der Gesellschaft eintrat. Sie fand schließlich ebenfalls unter den Gemeindemitgliedern an der Simeon-Kirche, in weiteren Gemeinden der Landeskirche wie in Wandsbek, Norderstedt und Ellerau großen Zuspruch fand. Die Schleswig-Holsteinische Landeskirche unter Bischof Hübner – man lese dazu nur seinen Ende des Jahres geschriebenen Fastenbrief – musste ab 1974 diese Kommunisten endlich los werden! Schließlich hatten wir die Widersprüche über die Kirche im Kapitalismus und mögliche Alternativen dazu ohne jede Beschönigung – z.B. in den zahlreich erschienen Broschüren – öffentlich so klar benannt, dass sie uns auf keinen Fall im Amt hätte lassen können. Das allgemeine politische Umfeld, bestimmt durch Berufsverbote und die ab den siebziger Jahren begonnene Jagd auf die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und ihre SympathisantInnen, bewirkte ein Übriges.

Endlos prozessieren?

Einen Beruf aus rechtlichen und disziplinarischen Gründen verlassen zu müssen, ist natürlich keine speziell kirchliche Frage. Oft genug kommt das im Arbeitsleben vor. Auch uns hat dieses Problem in dem unserer Kirchenzeit folgenden Berufsleben dauernd begleitet. Uns erwartete auch dort ein rigores Berufsverbot, besonders im Bereich des Öffentlichen Dienstes, und

parallel dazu eine harte Ausschlusspolitik ohne wirklichen Kündigungsschutz im Betrieb und leider auch in der Gewerkschaft. Immer steht die Frage an: Wie lange lohnt es sich, einen gegen Suspendierung oder Kündigung geführten Musterprozess durchzuziehen, dessen Ziel, die Wiedereinstellung, nicht wirklich erreicht werden kann? Nur dann vielleicht, wenn ein solch ausdauerndes Klageverfahren langfristig eine gesellschaftliche und politische Veränderung bewirken kann. So habe ich, Edda, z.B. nach meiner Kirchentätigkeit fast acht Jahre lang einen Prozess gegen die Kabelverlegemaschinen-Firma KVM-Otto und daran anschließend gegen das Arbeitsamt bis zum Bundessozialgericht geführt, um das Recht auf Gründung eines Betriebsrates durchzusetzen. Vergeblich.

Es gibt in der Geschichte der Kirche und dem weltlichen Bereich genug Beispiele von solchen beeindruckenden Fällen, oft auch mit einer positiven Spätwirkung. Aber unsere Perspektive gegenüber der Institution Kirche war das damals nicht mehr, weil unser Blick längst auf ein anderes politische Feld gerichtet war. Unsere Einschätzung war: Die Landeskirche hätte uns mit Sicherheit nie wieder über ihre Schwelle treten lassen. So schüttelten wir denn gemäß Matthäus 10, 14 „den Staub von unseren Füßen“ und gingen von dannen.

Lieber als Kommunist im Klassenkampf

Wir haben unseren Beruf nach der Suspendierung als PastorInnen aufgegeben, weil wir uns als Kommunisten verstanden und schließlich auch einer Kommunistischen Partei, dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) beitraten. In unserer zukünftigen Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften, direkt im Bereich des Proletariats, glaubten wir für die Ziele des Klassenkampfes effektiver arbeiten zu können. Nachdem ein direkter Zugang zu einer Anstellung - bei mir z.B. im Bereich von Kindergärten, bei Helmut am Hochofen bei den Hamburger Stahlwerken – wegen des über uns verhängten Berufsverbotes nur kurzfristig gelang, ergriffen wir die Gelegenheit zu einer Umschulung. Aber auch die mussten wir erst einmal juristisch gegenüber dem Arbeitsamt durchsetzen. Wir beiden machten den Gesellenbrief als Maschinenschlosser, Eckard Gallmeier wurde Tischler. Dabei hatten wir, wie gesagt, keine Illusionen darüber, als würde man dort in den Betrieben bereits auf uns warten und mit offenen Armen aufnehmen, so dass wir dann schnell in wichtigen Ämtern Bedeutendes für die Arbeiterklasse leisten könnten. Nach unserem Austritt aus der Kirche hatten wir zudem bereits die Erfahrung gemacht, dass die Gewerkschaft in direkter Absprache mit Bischof Hübner – anstatt uns beruflich beizustehen – uns postwendend aus der Gewerkschaft ÖTV ausschloss, der wir in den Jahren zuvor zusammen mit anderen kirchlichen Mitarbeitern als Pastoren beigetreten waren. Weitere Versuche, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften gegen uns anzuwenden, erfolgten immer wieder: so z.B. gegen Helmut, als er bei der Firma Jungheinrich AG bereits im Betriebsrat und den Vertrauensleutekörpern tätig und längst wieder in die IG-Metall eingetreten war.

Es bleibt zu fragen, ob wir als kenntnisreiche und gut ausgebildete Intellektuelle nicht woanders der Arbeiterklasse besser hätten von Nutzen sein können: z.B. als Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte oder Ingenieure. Viele unserer politischen Freunde haben klugerweise einen solchen Weg zu gehen versucht; manchen ist es auch gelungen, ohne „abschwören“ zu müssen, oft aber erst nachdem viele Jahre des Vergessens dazwischen lagen. Wir drei ehemaligen Pastoren waren jedoch durch unser spektakuläres öffentliches Auftreten in der Kirche und durch die entsprechenden Presseberichte den Kapitalisten und staatlichen Behörden diesbezüglich so bekannt geworden, dass uns dieser Weg verschlossen blieb. Gar nicht zu reden davon, dass Betriebe sich eh dauerhaft mit Informationen und entsprechenden Listen über unliebsame, z.B. gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, versorgen. Aber wir waren Mitte der siebziger Jahre überall besonders bekannt und konnten meistens sofort, bevor wir unter den allgemeinen Kündigungsschutz fielen, „ohne Angabe von Gründen“ schlichtweg rausgeworfen werden.

Als Kommunist auch Pastor sein

Wir möchten noch einmal ausdrücklich betonen, dass wir nicht die Meinung vertreten, man könne als Pastoren, die zugleich Kommunisten sein wollen, nicht in der Kirche verbleiben. Dies haben ehemalige Amtskollegen von uns manchmal angenommen und sind uns entsprechend aus dem Wege gegangen. Im Gegenteil, jeder hat das Recht, als Christ und in der Kirche angestellter Mitarbeiter oder Beamter, auch Kommunist zu sein. Auch reaktionäre Christen haben bis heute auf biblisch-theologischer Grundlage kein absolutes Argument finden können, dies zu widerlegen. Umgekehrt gibt es doch wahrlich sehr gute Gründe dafür, Kommunist zu werden! Wenn auch manche kirchlichen Linken dabei übers Ziel hinausschießen und wie Pastor Wolfgang Grell schreiben: „Kirche sei immer eine radikale Infragestellung des Bestehenden.“ Oder: Jesus sei geradezu der erste Kommunist gewesen. Ja, im Christentum steckt „auch“ die Revolte. Christentum und Kirche und ihre vielfältigen Kongregationen waren aber in gleicher Weise Handlanger der Herrschenden, Unterstützer des Bestehenden, Förderer und Dulder von Ausbeutung und Unterdrückung. Wer ist es, der für sich und die anderen den allein richtigen und „wahren Glauben“ fest zu stellen vermag? Doch wohl nur ganz fundamentalistisch überzeugte Zeitgenossen.

So alt wie der christliche Glaube selbst, ist die Frage nach seiner richtigen biblischen Auslegung. Wir meinen, dass es seit 2000 Jahren ein unendlich buntes, vielfältiges, aber kein „wahres Christentum“ gibt. Ein kritische Blick in die Geschichte macht deutlich: Bewirkte das Christentum einmal den Fortschritt in der Realisierung menschlicher Freiheit, so machte es diesen in zahllosen anderen Fällen verheerend zunichte. Für uns bedeutet das nicht, die Suche nach dem, was das Christentum wirklich ausmacht, sei beliebig. Das was christlich ist oder sein soll, muss in einer bestimmten Zeit mit konkreten Voraussetzungen stets neu erarbeitet und interpretiert werden. Christen haben das zu allen Zeiten auch gemacht und sich dementsprechend entschieden. Die uns seit Jahrhunderten überlieferten Glaubensvorstellungen haben stets ihre je eigene Geschichte. Und sie haben sich dabei bewusst oder unbewusst entlang den jeweiligen philosophischen und politischen Systemen und Kulturen entwickelt. Dazu gehören aber nicht nur – für heute gesprochen – das Beispiel von „Christentum für den Sozialismus“ oder die „Theologie der Befreiung“ gegen Kapitalismus, Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus, sondern leider ebenso das gerade Gegenteil: das Akzeptieren ungerechter weltlicher Macht, das fromme Schließen beider Augen gegenüber brutalen Ideologien und das aktive Mitmachen bei diesen unmenschlichen Systemen.

Wie unsere Dokumentation belegen soll, wurden auch wir nicht einfach mit unserem Glauben fix und fertig geboren und getauft. Wir lernten und erfuhren ihn im Zusammenleben und gemeinsamen Denken mit und durch andere Christen oder auch Nichtchristen. Auf diesem Weg kamen wir zu der Auffassung, dass sich das Christentum am besten in Verbindung mit der Idee des Kommunismus verwirklichen ließe. Ja, ohne Zweifel kann man frommer gläubiger Christ sein, wenn man erkennt und es für notwendig hält, die gesellschaftlichen Verhältnisse umzustürzen, um „an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen“ ... eine Gesellschaft treten zu lassen, „worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist“. So wie es im „Kommunistischen Manifest“ steht. Wer das für richtig hält, soll unserer Meinung nach getrost Pastor bleiben und bleiben dürfen!

Die Frage der Rechtstreue gegenüber dem Staat

Auf einem ganz anderen Blatt steht die kirchenrechtliche Frage nach der „Rechtstreue“ dem Staat gegenüber, die der Beamtenstatus von Pastoren einfordert. Eine Pastorin, im Status einer kirchlichen Beamtin, ist beschäftigt bei der Landeskirche als „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“, der das Grundgesetz ein ganzes „Bündel“ an Privilegien, wie die Verfassungsrechtler das formulieren, zugesteht. Seit der Weimarer Verfassung von 1919 und

dem Grundgesetz von 1949 haben sich die Evangelischen Landeskirchen in dieser engen staats-kirchenrechtlichen Form an diesen Staat gebunden. Wer an diesen, das Eigentum an Produktionsmitteln garantierenden Verhältnissen rüttelt, macht sich den Staat zum Feind. Das kann dann allerdings auch in der Kirche arbeits- und beamtenrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Die Broschüre zum „Radikalenerlass in der Kirche“ von 1973 zitiert nicht zufällig auf Seite 21 aus dem „3. Entwurf, 29. Januar 1973, vorgelegt dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland“ unter der Überschrift „Politische Betätigung kirchlicher Amtsträger, Recht und Grenzen“: „Zudem sind Pfarrer, Kirchenbeamte und kirchliche Mitarbeiter Amtsträger einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Deshalb darf die von ihnen als der Grundordnung unseres Staates geschuldete Loyalität in diesem Zusammenhang nicht außer Acht und Ansatz gelassen werden ...“ Und nicht zufällig hatte der Schleswig-Holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg im gleichen Jahr die direkte Übernahme des Radikalenerlasses und Anwendung des staatlichen Berufsverbots in der Kirche gefordert. Juristisch steht daher jeder revolutionäre oder auch nur alternativ denkende Pastor oder kirchlicher Mitarbeiter unter diesem Loyalitätsgebot gegenüber seiner Kirche und dem Staat. Und von daher sammelten sich ab den sechziger Jahren auch die zahlreichen „Fälle“, in denen vom Bischof und/oder vom Betroffenen über Rausschmiss entschieden werden musste. Predigten und Erklärungen linker Pastoren und Christen wurden wie Hexenbreviere von den Kirchenleitungen gelesen und dienten der Aufdeckung von Ketzern.

Kirche „da oben“ — Kirche „da unten“

Bei unserm Austritt 1975 haben wir unsere Kritik an der Kirche recht undifferenziert und ausschließlich negativ formuliert, „weil die positive Arbeit von einzelnen (in ihr) nichts daran ändern kann, dass die Kirche insgesamt den Kapitalisten zugute kommt. Es schadet nur, wenn solche Leute die Arbeiterklasse und das Volk gerade wegen der fortschrittlichen Arbeit an die Kirche binden.“ Das sehen wir heute anders: gerade weil es auch in der Kirche immer ein oben und unten gegeben hat, ist es richtig und nützlich, dass ihre Mitglieder dort ihre Arbeit leisten und sich aus ihrem Glauben heraus den Anforderungen „der Welt“ und der Gesellschaft stellen. Die entscheidende Frage in Gesellschaft und Kirche lautet dabei stets entsprechend dem kämpferischen Lied: „Auf welcher Seite stehst Du?“ Wessen Partei ergreifst du? Auch heute gibt es diese Kirche „da oben“, die im Interesse des Kapitals und des Staates die bestehende Herrschaft aufrecht erhalten will. So zum Beispiel wenn Bischof Hübner diesen Staat generell als „gute Gabe Gottes“ anpreist. Oder wenn eine Militärpfarrerin auf dem Fliegerhorst in Jagel betend ein Geschwader zum Einsatz am Hindukusch verabschiedet und ihnen, dass Gott sie behüten möge, kleine Kreuze mit auf den Weg gibt. Im Kontrast dazu gibt es eine Kirche „da unten“, die im Interesse der Benachteiligten und Unterdrückten agiert, z.B. Flüchtlinge im Kirchenasyl aufnimmt und sich zugunsten von sozialer Gerechtigkeit mit diesem Staat anlegt. Beide Erscheinungsweisen von Kirche und Christentum berufen sich theologisch „zu Recht“ auf die gleiche Bibel. Sie tun dabei nichts anders als die Gläubigen in anderen Religionen: Sunniten und Schiiten oder auch die reaktionären Wahabiten im Islam, wenn sie sich auf den Koran berufen.

Es gibt in der gesellschaftlichen Wirklichkeit eben nicht nur die „Eine, heilige, allgemeine, apostolische Kirche“. Die frühe ideale kirchliche Gemeinschaft, wie sie uns in der Apostelgeschichte 2, 44 ff geschildert wird, war dabei gewiss die absolute Ausnahme, nicht anders als die brüderliche Gemeinde, wie sie Mohammed in Medina praktizierte. Beide Berichte und Vorstellungen sind natürlich reichlich idealisierend verstanden und verfasst worden. Obwohl eine solche Form in den ersten drei Jahrhunderten des Christentums eher möglich gewesen sein mag, als von der Zeit an, da es unter dem römischen Kaiser Konstantin zur anerkannten staatlichen Institution und ein halbes Jahrhundert später zur Staatsreligion wurde. Luther hat in seinem Kampf gegen die Herrschaft der feudalen mittelalterlichen

Kirche von oben, gegen den Papst, das „allein aus Glauben“ zur Grundlage seiner Theologie gemacht. Aber leider hat er sich zugleich auch absolut festgelegt, wie dieser Glaube „richtig“ zu interpretieren sei. So geriet er in den totalen Gegensatz zu anderen protestantischen Gläubigen und Gruppen, anstatt sich mit ihnen solidarisch zu verbinden. Er hat in dieser neuen autoritären und dogmatischen Weise die Kirche gerade nicht vor Irrtümern bewahren können. Und damit hat er die Spaltung des Protestantismus in unzählige Denominationen bewirkt. Hätte er sich doch – im Blick auf die martialische Unterwerfung der Bauern 1525 – auch nur ein wenig auf die Reformierte Kirche eingelassen, die immerhin ihren Gläubigen den Widerstand von unten gegen ungerechte Gewalt von oben zugesteht.

Christen und Marxisten – zusammenarbeiten und sich ändern

Wir hatten 1975 auf die damalige politische Situation eine ganz persönliche Antwort, die sich daher nicht verallgemeinern lässt. Wir haben in den darauf folgenden Jahren stets den Kontakt mit christlichen Menschen aufrecht erhalten, ebenso mit islamischen Gruppen, und uns in all unseren politischen Tätigkeiten, sei es vor dem Kernkraftwerk Brokdorf, in Betrieb und Gewerkschaft oder in einer Norderstedter Mieterinitiative, solidarisch mit ihnen verbunden. Es ist wichtig, dass die, die gleichen Sinnes sind, zusammen arbeiten. Für mehr soziale und sozialistische Gerechtigkeit in dieser Welt oder wie wir es auch seither oft biblisch für uns formuliert haben: „Tue deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind.“ (Sprüche 31, 8) So haben wir uns als Ausgetretene gegenüber den in der Kirche Verbliebenen verhalten. Dass wir dabei über die bestehende Kirche stets kritische Artikel verfasst haben, so z.B. seit den achtziger Jahren in den „Politischen Berichten“, bleibt davon unbenommen. In diesem hier dargelegten Sinne verhält sich im Übrigen auch die seit den neunziger Jahren gegründete Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die aus ihr hervorgegangene heutige Partei DIE LINKE und auch die zu ihr gehörige „Rosa-Luxemburg-Stiftung“, wenn es um „Weltanschauungsfragen“ geht. In diesen Parteien haben wir seit Mitte der neunziger Jahre in diesem Sinne intensiv mitgearbeitet.

Natürlich gilt dieses in Frage stellen, neu interpretieren und aktualisieren einer Glaubensrichtung in kirchlichen oder religiösen Organisationen in gleicher Weise für den säkularen, weltlichen und politischen Bereich – wenn auch in etwas anderer Weise als in Bezug auf ein vorgegebenes göttliches Wort. Auch was Karl Marx geschrieben hat besitzt keinen Ewigkeitswert. Seine Ideen müssen – wie bei allen Philosophen und Wissenschaftlern – für die jeweilige Epoche und den geografischen und politischen Ort neu bewiesen, verstanden und umgesetzt werden. Sonst ist auch hier der Fundamentalismus nicht weit und kann schlimme Formen wie im Stalinismus hervorbringen. Auch wenn das alles „in den besten Absichten“ geschehen sein sollte. Als ob es eine solche Marx-, Engels-, Lenin-, Mao- und Kommunismus-/Sozialismus-Debatte nicht schon immer gegeben hätte. Unter den Bolschewiken, den KPDLern und den heutigen Linken. Von den oberen leitenden Genossen wurde und wird dies auch gerne mal verhindert. Wir trugen übrigens im KBW mit unserer Kritik an den bestehenden, von uns „revisionistisch“ genannten Fehlern der damaligen sozialistischen Staaten und Systeme zu einer solchen Neubesinnung bei. Und wir haben unsere eigene politische Partei 1980 selbstkritisch in eine neue kommunistische Organisation umgestaltet, den Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK). Auch die PDS hat sich nach der zentralistischen Politikform der SED in der ehemaligen DDR hartnäckig um eine demokratische Veränderung bemüht und schließlich nach langen Debatten eine gemeinsame Kompromissform für eine gemeinsame LINKE gefunden. Verwundert sein darf man darüber nur, wenn mensch sich darüber wundert, dass bei Linken oder bei Kirchens oder überhaupt auf der Welt gestritten wird, wie es im Interesse von Mensch und Natur weiter gehen soll.

Der Weg zum Atheismus

Der entscheidende Faktor, warum wir aus der Kirche ausgetreten sind, ist schließlich die Tatsache, dass wir persönlich Atheisten wurden. „Unter Verdacht“ begannen nachdenkliche

Gemeindemitglieder der Simeon-Kirche mich zum Ende meiner Tätigkeit häufiger zu fragen, ob ich denn überhaupt noch Christ sei und an Gott glaubte. Die Kirchenleitung unterstellte mir „Atheismus“, indem sie in dem Schreiben zu meiner Suspendierung schrieb: „Wesentlicher Bestandteil des Marxismus-Leninismus ist neben dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft auch die Überwindung der Religion.“ Darin hatten sie wohl Recht. Aber nur insoweit, als der Marxismus sich in der Zeit von Klassenunterschieden und -kämpfen natürlich auch dieser grundlegenden religiösen Frage stellen musste. Der antiklerikale und antireligiöse Materialismus gehört ohne Zweifel seit dem 19. Jahrhundert zur Tradition der Arbeiterbewegung. Die Eindeutigkeit damaliger Antworten gibt es heute nicht mehr. Das widerspräche auch der Dialektik marxistischer Theorie.

Von der Kirchenleitung war aber der Atheismusvorwurf schlichtweg vor allem ein aus taktischen Gründen vorgebrachtes K.O.-Argument. Auch zuvor gab es durch Oberrat Otte schon einen solchen Versuch, meinen persönlichen Glauben zu problematisieren. Und das Durchforschen meiner „Mao-Predigt“ durch eine Kommission hatte gewiss ebenfalls den Zweck, mit mir kurzen Prozess machen zu können. Eine Pastorin, die nicht an Gott glaubt, darf natürlich – ohne dass politische Komplikationen entstehen – aus dem Amt entfernt werden. Das hätte ihnen erspart, sich mit unseren gesellschafts- und kirchenpolitischen Aussagen öffentlich auseinandersetzen zu müssen, was viele Gemeindemitglieder, interessierte Christen und auch die Presse ja inzwischen eindringlich forderten. Übrigens nutzte die Kirche bei der Übernahme des Radikalenerlasses von 1973 ebenfalls das Argument, es gehe ihnen dabei um den drohenden Atheismus, wo es doch in Wirklichkeit um ihre Loyalität gegenüber dem Staat ging.

Unsere persönliche Entwicklung ging allerdings inzwischen tatsächlich in Richtung auf einen von uns vertretenen Atheismus weiter. Gegen Ende unserer Tätigkeit in der Kirche nahmen wir an Schulungen teil und trieben das selbständige Studium von Feuerbach, Marx und Lenin voran. Deren Argumente leuchteten uns ein. Sie seien hier kurz aufgelistet: Der Mensch, der die Mächte der Natur erfährt, ohne sie bewältigen zu können, der Mensch, der in einer Klassengesellschaft nicht weiß, wie er dem Elend begegnen soll und im Widerspruch zu ihr in seiner Frömmigkeit die Möglichkeit einer Protestation sieht, der wendet sich der Religion in all ihren verschiedenen Formen zu. Außerdem nutzen die Herrschenden und Ausbeuter zu allen Zeiten und in allen Religionen den Glauben der Menschen für ihre Zwecke, sie gefügig zu machen. Dem wollten wir uns entziehen.

Die „Celler Konferenz“ hatte 1969 bereit etwas brutal formuliert: „Atheismus ist kein Ziel, für das es zu kämpfen lohnt, sondern in der konkreten Erfahrung des Kampfes gegen Ausbeutung und Manipulation, in der Erfahrung der Selbstbestimmung der sich befreienden Individuen verliert die Frage nach Gott jegliche Relevanz.“ Und so war es denn auch ganz praktisch bei uns: In unserer Kirchenzeit war „Atheismus“ kein Thema, das im Mittelpunkt unserer Kämpfe stand; auch nicht zum Ende hin. Wir haben damals weder offen – geschweige denn heimlich und verdeckt – diese Gedanken in unseren Gemeinden vertreten und etwa Menschen für den Atheismus agitiert. Unser Ziel war es stets nur, gläubige Menschen und Gemeinden für ein politisch vertretbares Christentum zu gewinnen. Durch unsere politischen Konflikte, durch Diskussionen, Nachdenken und Studieren kamen wir schließlich persönlich zu dem Ergebnis, dass der Glaube an Gott, die religiöse Bindung an die Kirche eine Illusion war. Es war uns die fromme Vorstellung, an der wir lebenslang gehangen hatten, abhanden gekommen. Wie Menschen eine große Liebe verlieren – unwiederbringlich – und mit einem Mal der Zeitpunkt des Abschieds und der Trennung gekommen ist. Eine Rückkehr, eine Neuauflage, ein Verbleiben in der Kirche – auch nicht in der „unsichtbaren“ – war nicht mehr möglich. Wir denken nicht, dass wir dadurch nur etwas verloren haben, sondern im Gegenteil auch eine neue philosophische und religionswissenschaftliche Erkenntnis gewinnen konnten. Sie hat uns menschlicher werden lassen und uns klar gemacht,

dass nur wir Menschen die Verantwortung dafür tragen, wie diese Welt gestaltet, verändert oder eben auch ruiniert wird.

bleiben ohne Glauben?

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), mit dem wir seit langem sympathisierten, war übrigens in seinem Selbstverständnis ausdrücklich keine Weltanschauungspartei, in dem nur bekennende AtheistInnen Mitglied hätten sein dürfen. Er veranlasste uns auf keinen Fall, aus der Kirche auszutreten. Ganz im Gegenteil: die Leitung des KBW riet auch anderen Genossen eindringlich, in der Kirche zu bleiben und dort weiterhin politisch zu arbeiten.

In einem gemeinsamen Gespräch mit unseren Genossen kamen wir jedoch zu dem Schluss, nicht mehr um ein Verbleiben in der Kirche zu kämpfen, wenn wir persönlich keine gläubigen Christen mehr waren. Das Pastorenamt gründet sich essentiell auf eine christliche Gesinnung, welcher Art diese auch im Einzelnen sei. Auf keinen Fall wollten wir die Leute, mit denen wir all die Jahre solidarisch zusammen gearbeitet und die uns unterstützt hatten, über diese neue Einstellung hinweg täuschen. Den verlorenen Glauben uns und anderen künstlich einzureden, ihn durch Interpretieren passend zu machen oder gar vorzutäuschen, das wollten und konnten wir auf keinen Fall. Mit frommen Christen das „Vater Unser“ beten, Gläubigen gegenüber am Grab von der „Auferstehung des Fleisches“ und dem „ewigen Leben“ sprechen, ohne selbst daran zu glauben, das brachten wir nicht über uns und halten es auch grundsätzlich für nicht akzeptabel.

Natürlich ist es völlig in Ordnung, sich theoretisch immer wieder durch Interpretationen des eigenen Glaubens zu vergewissern und ihn neu zu erklären. Inhalte und Charakter der Bibel lassen sich, wie schon gesagt, jederzeit verschieden interpretieren. So hielt z.B. meine Mao-Predigt – vernünftigerweise - der „lehrzuchtmäßigen“ Überprüfung durch die Kirchenleitung stand, wie sehr sie auch von Amtswegen durch eingesetzte Theologen inquisitorisch gedreht und gewendet wurde. Sie widersprach ja weder Schrift, noch Bekenntnis, noch meinem Glauben. Wenn es aber zu einer Lebenslüge von TheologInnen wird, sich ohne Glauben immer neue Formulierungen des Glaubens auszudenken, halten wir dies für nicht akzeptabel. Inzwischen gibt es ja genügend theologische Varianten, denen man nicht so leicht anmerken kann und soll, dass Gott eigentlich nicht existiert, der Christ nicht auf ein ewiges Leben hoffen darf und christliches Verhalten unverbindlich bleibt. Wer die biblischen Glaubensaussagen grundsätzlich bestreitet, sollte unserer Meinung nach nicht mehr das Lehramt der Kirche ausüben und im Amt bleiben, sondern die Kirche verlassen.

Für einen Laien ist dies mehr und mehr selbstverständlich, denn Kirchenaustritte nehmen zu, zumal sie nichts kosten, sondern im Gegenteil – jedenfalls in unserem Staat - die fällige Kirchensteuer sparen. Der beamtete Pastor oder auch kirchliche Mitarbeiter, der die Kirche verlässt, verliert hingegen eine gut bezahlte Position in unserer Gesellschaft. Das mag manchen davon abhalten, ehrlich im Umgang mit seinem Glauben zu sein. Für uns war der Austritt aus der Kirche auf jeden Fall ein Sprung ins kalte Wasser. Als ehemaligen kirchlichen Beamten stand uns noch nicht einmal das übliche Arbeitslosengeld zu. Und wir haben bereits erläutert, welche Schwierigkeiten wir hatten, einen neuen akzeptablen Beruf zu finden. Meistens zeigt sich die Kirche bei „normalen“ Fällen von Glaubensverlust finanziell relativ kulant und zahlt eine Abfindung oder finanziert ein zweites Studium, um in einem neuen Beruf Fuß fassen zu können. Zu Recht, denn sie war ja vorher für den Betroffenen ebenso ein verantwortlicher Arbeitgeber wie irgendein anderer in der Wirtschaft. Uns Kommunisten ließ man völlig im Regen stehen. Noch nicht einmal das mir, Edda, noch zustehende Urlaubsgeld wollte man mir geben. Erst als der Richter im Arbeitsprozess die Evangelisch-Lutherische Kirche warnte, dies sei eventuell eine Sache für die nächst höhere Instanz und dem Bundesverfassungsgericht, gab der Vertreter vom Landeskirchenamt nach.

Veränderung ist das Normale

Natürlich unterstellten unsere Gegner uns fortlaufend – übrigens bis heute hin – wir seien in Wirklichkeit von Anfang an nur schlaue „reißende Wölfe im Schafspelz“ gewesen, um ohne einen Bezug zum Glauben die Institution Kirche für die politische Ideologie des Kommunismus zu missbrauchen. So lesen sie eben Matthäus 7,15 auf ihre Weise. Absurd, wenn ich, Edda, meine Biographie betrachte: fromm von Kindestagen an, über ein langes Studium und die besondere Lage als Frauen zum Pastorenamt gekommen und jahrelange engagiert in der Simeon-Gemeinde tätig? Von wem hätte ich denn in diesem von alten Faschisten bestimmten und unter einer konservativen Regierung verbotenen Kommunisten zu der Theorie des Marxismus kommen sollen? Marxistin wurde ich überhaupt erst durch den Kontakt mit der „Achtundsechziger Bewegung“ seit dem Stuttgarter Kirchentag 1969 und durch eigenes, intensives Studium der entsprechenden kommunistischen Autoren werden.

Erst nach unserem Austritt aus der Kirche schrieben Helmut und ich die Broschüre „Religion – Opium des Volkes“ und führten dazu im Verband des KBW bundesweit Veranstaltungen durch. Nach all den aufopferungsvollen Kämpfen hinter all dem pure Heuchelei zu vermuten, das kann nur jemand vertreten, für den sich die Welt eh als Lüge und Täuschung darstellt, der oder die von sich aus auf andere schließt und für den es keine dem Menschen eigene geistliche und geistige Entwicklung gibt. Nicht das Beharren, sondern die Veränderung und der Gewinn neuer Erkenntnisse waren die Antriebskraft für unsere kirchliche und danach politische Tätigkeit. Und im Blick auf alle evolutionären und revolutionären Bewegungen im Laufe der Erd- und Menschheitsgeschichte ist die Veränderung doch eigentlich das Normale.

Edda und Helmut Lechner
Norderstedt im Januar 2018